

USA: Justizministerium unterstützt homophoben Bäcker

Ein christlicher Bäcker könne nicht dazu gezwungen werden, eine Torte für Schwule zu backen, findet das US-Justizministerium. Schliesslich könne ein Grafikdesinger auch nicht dazu gezwungen werden, für Neo-Nazis zu arbeiten.



Das amerikanische Justizministerium hat am Donnerstag seine Unterstützung für die Klage eines Bäckers und Konditors aus Colorado angekündigt, der sich vor dem amerikanischen Supreme Court das Recht erstreiten will, Homosexuellen wegen ihrer sexuellen Orientierung Dienstleistungen zu verweigern.

Jack Phillips vom "Masterpiece Cakeshop" in der Grossstadt Lakewood hatte sich 2012 aus religiösen Gründen geweigert, eine Hochzeitstorte für ein schwules Paar zu backen. Damit versties er gegen ein Gleichbehandlungsgesetz des Staates Colorado, das besagt, dass Geschäftsleute Kunden nicht aufgrund deren sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität diskriminieren dürfen. Er hatte sich durch mehrere Instanzen geklagt und stets verloren; die Richter argumentierten, dass der persönliche Glaube niemanden dazu berechtige, andere zu diskriminieren. Der Supreme Court entschied sich vor wenigen Wochen dafür, seinen Fall anzuhören.

Das vom langjährigen Homo-Gegner Jeff Sessions geführte US-Justizministerium erklärte nun in einem "Amicus Curiae"-Dokument, dass Phillips ein Recht auf Ungleichbehandlung von Homosexuellen habe. "Amicus Curiae" ist ein Schreiben einer nicht direkt an einem Verfahren beteiligten Partei, die damit dem Gericht ihre Einschätzung mitteilt.

Das Backen einer Hochzeitstorte sei etwas Künstlerisches, so das Ministerium. Wenn der Konditor dazu gezwungen werde, für Homosexuelle zu backen, nehme er damit indirekt an einer schwulen Hochzeitszeremonie teil. Das bezeichnete das Justizministerium als "einen Verstoss gegen die Rechte des Klägers, die im ersten Verfassungszusatz festgelegt sind". Der erste Verfassungszusatz schreibt das Recht auf freie Meinungsäußerung und Religionsfreiheit fest.

Für einen Schwulen eine Hochzeitstorte zu backen, sei nach Ansicht des Justizministeriums genauso wenig akzeptabel, wie wenn ein Grafikdesigner gezwungen werde, für eine Neo-Nazi-Gruppe oder die fundamentalistische Westboro Baptist Church zu arbeiten. Ein religiöser Mensch dürfe nie dazu gezwungen werden, etwas zu tun, "das seine tiefgreifenden religiösen Gefühle verletzt".

Auch 86 Abgeordnete unterstützen Phillips

Auch 86 Kongressabgeordnete – alle Republikaner – haben sich in einem "Amicus Curiae"-Dokument hinter Phillips gestellt. Die Abgeordnete Vicky Hartzler begründete ihr Engagement in dem Fall mit den Worten: "Eine Regierung, die einem Bürger erzählt, was er sagen und tun muss, und Bürger bestraft, die das nicht tun, macht mir Angst."

Phillips selbst hatte vergangenen Monat in der Fernsehsendung "The View" seine Position verteidigt und erklärt, dass die Ehe laut Bibel eine Verbindung zwischen Mann und Frau sei. Auf die Frage, ob der Gottessohn Homosexuelle bedienen würde, hätte er eine Konditorei, antwortete er: "Hätte Jesus die Torte gebacken? Ich glaube nicht."

In den USA mussten sich Gerichte immer wieder mit der Weigerung christlicher Konditoren auseinandersetzen, die Homosexuelle in bestimmten Fällen nicht bedienen wollten. Allerdings ist die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung nur in der Hälfte der 50 US-Bundesstaaten verboten, in der anderen Hälfte ist diese Praxis ausdrücklich erlaubt. Bundesweit verboten sind dagegen Diskriminierungen aufgrund von Merkmalen wie Religion, Rasse oder Geschlecht.

queer.de / 8.9.2017